

Bürgermeister der Stadt Boppard
Herr Dr. Walter Bersch
56154 Boppard

Datum: 20.01.2009

Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz; Zukunftsfähige Kommunalstrukturen auch in Boppard

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Walter Bersch,

nachfolgenden Antrag bitten wir auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratsitzung zu setzen:

Antrag der FWG Boppard e. V. auf Prüfung der Möglichkeit zur Auflösung der verbandsfreien Stadt Boppard und Bildung einer Verbandsgemeinde Boppard – Land (Mittelrhein)

Zur Begründung führen wir wie folgt aus:

Mit einer umfassenden Kommunal- und Gebietsreform sollen nach dem Willen der Landesregierung in den nächsten Jahren insbesondere

- die behördlichen Aufgabenzuständigkeiten
- die behördlichen Verfahrensabwicklungen und
- die kommunalen Gebietsstrukturen

optimiert werden.

Natürlich gibt es Reformbedarf -

Gebietliche Veränderungen mit Augenmaß, eine bürgernahe Verwaltung und eine kontinuierliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungen sind uns besonders wichtig.

Der Zusammenschluss der ehemals selbständigen Gemeinden Boppard, Bad Salzig, Buchholz, Holzfeld, Hirzenach, Herschwiesen, Oppenhausen, Rheinbay, Udenhausen und Weiler zu einer Stadteinheit haben zwar Vorteile, sind aber auch mit vielen negativen Auswirkungen vor allem für die kleineren Ortsbezirke verbunden.

Unsere Verwaltungs- und Gebietsstrukturen sind Spiegelbild der Gesellschaft und müssen mit ihr wandeln. Nach den vorliegenden Beobachtungen und Einschätzungen darf davon ausgegangen werden, dass die erforderliche Verbundenheit der Einwohnerschaft mit ihrem Heimatort, das Maß an Vereins- und sonstigem gesell-

schaftlichen und politischem Engagement auf Ortsebene nach wie vor im Grundsatz vorhanden ist.

Aus den vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern stellen wir verstärkt den Wunsch nach **Selbständigkeit** und **Eigenverantwortung** hinsichtlich der Planungs- und Finanzhoheit fest.

Seit vielen Jahren ist festzustellen, dass die aus den Ortsbezirken eingebrachten Vorschläge nur ungenügend Berücksichtigung finden.

Die Erwartungen der Menschen nach dringend notwendigen Verbesserungen und Konzepten wurden nicht erfüllt. Vielmehr ist eine Frustration zu verzeichnen, weil in der Kernstadt **millionenschwere Projekte** angegangen werden und die Belange der kleineren Ortsbezirke unwichtig erscheinen.

Es ist festzustellen, dass die Ortsbeiräte, aber auch die Bürgerinnen und Bürger sich zunehmend weniger engagieren und Probleme haben sich mit der Entscheidungsfindung zu identifizieren. Auf viel Unverständnis stieß dabei auch die ohne notwendige umfassende Untersuchungen getroffene Entscheidung, in Buchenau nach Thermalwasser zu bohren, obwohl in Bad Salzig eine der wenigen Glaubersalzquellen in Deutschland vorhanden ist. Es drängt sich bei vielen der Eindruck auf, dass Bad Salzig als Standortalternative für ein Thermalbad nie gewollt war. Eine Reihe weiterer Beispiele gibt es aber auch in den Ortsbezirken Hirzenach, Weiler, Rheinbay, Holzfeld und Udenhausen.

Der Schwerpunkt der Investitionen lag in den zurückliegenden Jahren im Stadtkernbereich. Die Notwendigkeit der Projekte wie beispielsweise Fortführung der Stadtsanierung, Stadthalle und Säuerling ist sicherlich gegeben. Aber die Großprojekte „Alte Burg, Neubau der Römertherme, Bau einer Tiefgarage“ mit **insgesamt 35 Millionen Euro** werden einen gewaltigen finanziellen Kraftakt für die verbandsfreie Stadt Boppard bedeuten. Es ist zu befürchten, dass dringend notwendige Maßnahmen in den Ortsbezirken zeitlich geschoben bzw. auf Jahre ausgesetzt werden müssen. Dies können und wollen wir im Interesse der Ortsbezirke so nicht länger hinnehmen.

Dass es sich dabei nicht nur um Behauptungen oder persönliches Empfinden der Bürgerinnen und Bürger handelt, zeigt eine Auswertung der Rechnungsergebnisse des Vermögenshaushaltes der letzten 12 Haushaltsjahre (1996 – 2007)

Danach wurden in diesem Zeitraum in der Gesamtstadt etwa 53,2 Mio. € verausgabt. Nach Abzug der Ausgaben für Baugebiete in Höhe von 11,8 Mio € verbleiben 41,4 Mio €

Diese verteilen sich auf:

Gemeinschaftsaufgaben wie Verwaltung, Bauhof, Feuerwehr, Kulturpflege, Fremdenverkehr usw.	10,9 Mio €
Schulen und Kindergärten	11,7 Mio €
Großprojekte wie kurfürstliche Burg, Römerkastell, Stadion, Bahnhof Buchholz, Parkhaus, Stadthalle (Ausgaben bis 2007)	8,0 Mio €
Projekte in den einzelnen 10 Ortsbezirken	10,8 Mio €

Aus diesen 10,8 Mio € lassen sich die Kennzahlen

Investitionen je Rechnungsjahr und Einwohner

für die verschiedenen Bezugsbereiche ermitteln. Diese liegen für die Jahre 1996 bis 2007 jeweils bezogen auf

Gesamtstadt	bei	56 €
Kernstadt	bei	70 €
restliche Ortsbezirke	bei	43 €

Dabei steht Bad Salzig mit 23 € Investition/Einwohner am Ende der Liste.

Die Freie Wählergruppe Boppard hat in der Vergangenheit nicht erwartet, dass die Investitionen nach dem Gießkannenprinzip gleichmäßig verteilt, sondern schwerpunktmäßig nach Bedarf eingesetzt werden. Da aber die vom Ortsbeirat Bad Salzig beschlossene und für die Entwicklung des Kurortes als dringend anzusehende Maßnahmen immer wieder verschoben bzw. nicht durchgeführt wurden, muss man schon von einer erheblichen Benachteiligung sprechen. Daran ändert auch der Ausbau des Platzes zwischen der Sterrenberg- und Liebensteinstraße im Haushaltsjahr 2009 im Prinzip nicht viel. Viel zu lange dauert die Umsetzung der Maßnahme!

Zentralisierung von Verwaltungskompetenz, aber Dezentralisierung der Entscheidungskompetenz

Das System der Verbandsgemeinde mit den ehrenamtlich verwalteten Ortsgemeinden hat sich bewährt. Dieses System, das gleichwertige Lebensverhältnisse in den ländlichen wie in den städtischen Räumen ermöglicht und auf Dauer sichert, ist Grundlage für demokratisch gesellschaftliche Entwicklungen und das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz. Die durch das System der Verbandsgemeinde möglichen eher kleinräumigen Strukturen sichern Heimat und geben den Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Gemeinwesen Identität.

Der Vorteil einer **Verbandsgemeinde** liegt darin, dass die ihr angehörenden Gemeinden selbst im Rahmen ihrer Planungs- und Finanzhoheit entscheiden können, in welcher Priorität Investitionen durchgeführt werden. D. h. jede Gemeinde stellt einen eigenen Haushalt mit Finanzplanung und Investitionsprogramm auf. Die Verwaltung wäre zum Vollzug der Beschlüsse verpflichtet.

Selbstverständlich bleiben die originären Aufgaben, wie beispielsweise Schulen, zentrale Spiel- und Sportstätten, Abwasserbeseitigung, Flächennutzungsplanung, Tourismus und Feuerwehrwesen bei der Verbandsgemeinde. Auch ist denkbar, dass der zentrale Bauhof im Rahmen einer Vereinbarung für die dann selbständigen Gemeinden tätig ist. Die Zuständigkeit für die Kindergärten könnte ebenfalls im Rahmen einer zu schließenden Vereinbarung zentral bei der Verbandsgemeinde verbleiben. Insoweit gibt es nicht unerhebliche Möglichkeiten der Effizienzsteigerung, und es können auch gute Gründe für eine Verlagerung von anderen Aufgaben auf die Verbandsgemeindeebene vorgebracht werden, insbesondere mit Blick auf mögliche Effizienzgewinne.

Wir sind nahe am Bürger dran

Da unser eindringliches Mahnen an den Stadtrat und die Verwaltungsspitze nach einem anderen Umgang mit den Ortsbezirken keine Resonanz fand, sehen wir uns zu diesem Antrag veranlasst. Auch erkennen wir in den Bestrebungen der Landesregierung im Rahmen dieser Kommunal- und Gebietsreform durchaus Ansätze, den Kommunen mehr Eigenständigkeit in selbständigen Ortsgemeinden zu ermöglichen.

Die Berichtigung der Kreisgrenze ein Gebot unserer Zeit – Fusionsprozesse fördern

Ein solcher Schritt eröffnet Boppard die Möglichkeit weitere Partner am Mittelrhein zu finden. So hat der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rhens in der Rhein-Hunsrück-Zeitung am 17.01.2009 (**Anlage**) sich durchaus positiv zu einer Fusion mit Boppard geäußert, **vorausgesetzt Boppard wäre als Verbandsgemeinde organisiert.**

Für uns ist der Zeitpunkt gekommen, um eine politische Einheit im Mittelrheintal anzustreben und zusammenzufügen, was vor 40 Jahren unsanft getrennt wurde.

Unser Anliegen ist nun, dass mit Blick auf die jetzt laufenden Vorbereitungen für die Kommunalwahl 2009 die Beteiligten frühzeitig wissen, auf welche Rahmenbedingungen sie sich einlassen.

Wir bitten um eine ernsthafte und sachgerechte Diskussion und Prüfung unseres Antrages, da es uns ein besonderes Anliegen ist, unsere Region fit zu machen für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Eine Verbandsgemeinde Boppard- Land oder Mittelrhein mit selbständigen Ortsgemeinden wäre sicherlich leichter zu händeln.

Fazit:

Die selbständige Ortsgemeinde macht Mut zur Eigeninitiative. Denn die Identifikation mit der Gemeinde setzt persönliche Zufriedenheit seiner Ortsbewohner voraus.

Zusammenfassend stellen wir folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Innenministerium zu klären:

1. wie die Auflösung der verbandsfreien Stadt Boppard mit dem Ziel der Bildung einer Verbandsgemeinde Boppard durchgeführt werden kann,
2. welche Möglichkeit einer Änderung der Kreisgrenze zur Fusion mit der Verbandsgemeinde Rhens bestehen.

Eine Beteiligung der Ortsbeiräte ist durchzuführen.

Über das Veranlasste und die geführten Gespräche ist in einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates zu berichten.

Gez.: Jürgen Schneider

Stadtratsmitglied

gez.: Heinz Klinkhammer

Stadtratsmitglied